

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 5/2007

3. Mai 2007

Mit dem Geld der Steuerzahler sorgsam umgehen

Die letzten Wochen im Nationalrat standen ganz im Zeichen intensiver Beratungen über den Staatshaushalt. Das Doppelbudget für 2007 und 2008 ist nun beschlossen.

"Sparsam sein, wo es notwendig ist, und investieren dort, wo es wichtig ist" - so hat Vizekanzler und Finanzminister Wilhelm Molterer das Doppelbudget für 2007 und 2008 charakterisiert. Die Reformen, die die ÖVP in den vergangenen Jahren durchgesetzt hat, schaffen dafür den notwendigen Spielraum. Auch für die Steuerreform 2009 wird bereits Vorsorge getroffen. Das Defizit 2007 beträgt 0,91 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Für 2008 ist eine Senkung auf 0,73 Prozent vorgesehen. 2008 sinkt die Staats-Schuldenquote auf 59,9 Prozent und damit auf den niedrigsten Wert seit 1993.

Mehr Geld für Zukunftsausgaben

Trotzdem ist es gelungen, eine Reihe von Zukunftsausgaben zu steigern:

- 500 Mio. Euro für den Klimaschutz- und Energiefonds
- 195 Mio. Euro zusätzlich für die Bildung (z.B. Senkung der Schülerhöchstzahl in den Klassen)
- 11 Milliarden Euro für den Ausbau von Schiene und Straße in dieser Legislaturperiode
- 500 Millionen Euro für den flächendeckenden Ausbau von Breitband-Internet
- Um 172 Mio. Euro mehr für die Universitäten 2007, dazu weitere 25 Millionen Euro im Jahr 2008

Soziales Netz schafft Sicherheit - Sparen in der Verwaltung

Für die soziale Sicherheit stehen in den nächsten beiden Jahren zusätzlich 445 Mio. Euro bereit. Damit geht rund ein Drittel der Budgetausgaben in soziale Wohlfahrt, Wohnungsbau und Gesundheit. Der Sparstift wird in erster Linie bei der Verwaltung angesetzt. Die Ermessensausgaben für alle Ministerien werden gekürzt. Bei den öffentlichen Bediensteten im Bund wird nur jede zweite Stelle nachbesetzt. Allein 2007 bringt das bringt Einsparungen von insgesamt 260 Mio. Euro.

Südosten Österreichs verkehrspolitisch nicht links liegen lassen

Freilich gibt es auch Wermutstropfen. Fast elf Mio. Euro werden für das Straßen- und Schienennetz bereitgestellt. Aber kein Euro davon fließt in ein Schienenprojekt im Südburgenland bzw. der Oststeiermark. Darauf habe ich auch in meiner Plenarrede zum Budgetkapitel "Verkehr" hingewiesen. Verkehrsminister Faymann und Landeshauptmann Niessl haben in ihren Verhandlungen diesen Landesteil völlig links liegengelassen. Aus meiner Sicht sind dringend Nachverhandlungen notwendig.

Entlastungen für Pendler

Sehr zu begrüßen ist dagegen die Erhöhung der Pendlerpauschale und des Pendlerzuschlags, die im Budgetbegleitgesetz beschlossen wurden. Damit werden vor allem Arbeitnehmer mit geringem Einkommen entlastet. Die Erhöhung des Pendlerzuschlags von 110 auf 200 Euro bedeutet, dass bei geringem Einkommen der Zuschlag bis zu dieser Höhe als "Negativsteuer" ausbezahlt wird.